

**Vorlage an den Landrat****betreffend Aufträge, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung erfüllt worden sind**

Vom 29. Januar 2002

Inhalt	Seite		Seite
1 Einleitung			
2 Abzuschreibende Aufträge		3 Aufträge die weiterhin bearbeitet werden	
2.1 Finanz- und Kirchendirektion		3.1 Finanz- und Kirchendirektion	
- 2.1.1 Postulate	2	- 3.1.1 Postulate	4
- 2.1.2 Motionen	2	- 3.1.2 Motionen	7
2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion		3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion	
- 2.2.1 Postulate	2	- 3.2.1 Postulate	7
- 2.2.2 Motionen	3	- 3.2.2 Motionen	9
2.3 Bau- und Umweltschutzdirektion		3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion	
- 2.3.1 Postulate	3	- 3.3.1 Postulate	9
- 2.3.2 Motionen	3	- 3.3.2 Motionen	12
2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion		3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion	
- 2.4.1 Postulate	3	- 3.4.1 Postulate	12
- 2.4.2 Motionen	4	- 3.4.2 Motionen	13
2.5 Erziehungs- und Kulturdirektion		3.5 Erziehungs- und Kulturdirektion	
- 2.5.1 Postulate	4	- 3.5.1 Postulate	13
- 2.5.2 Motionen	4	- 3.5.2 Motionen	14
2.6 Landeskanzlei		3.6 Landeskanzlei	
- 2.6.1 Postulate	4	- 3.6.1 Postulate	14
- 2.6.2 Motionen	4	- 3.6.2 Motionen	14
4 Anträge	15		

1 Einleitung

Gemäss § 46 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Landrates vom 21. November 1994 unterbreiten wir Bericht und Antrag über diejenigen Motionen und Postulate, die nicht innert der gesetzlichen Frist seit der Überweisung durch eine Vorlage oder einen Bericht des Regierungsrates erfüllt worden sind.

Die Vorlage enthält die **vor dem 1. Januar 2001** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Postulate** und die **vor dem 1. Januar 2000** überwiesenen, noch **nicht erfüllten Motionen** gemäss § 46 Absatz 1 der Geschäftsordnung, und zwar mit einer Begründung zu denjenigen Aufträgen, deren Abschreibung wir beantragen (Ziffer 2), und mit einer kurzen Auskunft über den Stand der Bearbeitung jener Aufträge, die weiterhin beim Regierungsrat hängig bleiben sollen (Ziffer 3).

2 Abzuschreibende Aufträge

2.1 Finanz- und Kirchendirektion

2.1.1 Postulate

2.1.1.1 1999/188; Postulat von Bruno Krähenbühl vom 16. September 1999: Änderung oder Aufhebung des Regierungsratsbeschlusses über die Bewertung der Aktien für die Vermögensbesteuerung vom 21. Januar 1975 (331.12); überwiesen am 13/01/2000

Die Milderung der steuerlichen Doppelbelastung von Aktiengesellschaft und Aktionär soll beibehalten werden. Abschreibung wird beantragt.

2.1.1.2 2000/065; Postulat von Remo Franz vom 23. März 2000: Schneller zahlen ist Wirtschaftsförderung; überwiesen am 04/05/2000

Im Sinne des Postulates sind Massnahmen ergriffen worden sind. Abschreibung wird beantragt.

2.1.2 Motionen

Keine

2.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

2.2.1 Postulate

2.2.1.1 1999/245; Postulat von SP-Fraktion vom 25. November 1999: Für eine aktive Industriepolitik; überwiesen am 25/11/1999

Die Intensivierung der Industriepolitik ist in die Wege

geleitet. Ausdruck davon ist die Schaffung einer regierungsrätliche Wirtschaftsdelegation, die Schaffung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe Raum und Wirtschaft, die Aufstockung der Leitungsstelle der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft auf ein Vollpensum und die eingeleitete Verstärkung der personellen Ressourcen bei der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion. Der personelle Ausbau der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft zielt auf eine Erhöhung der Leistungskraft im Bereich Firmenakquisition (Neuansiedlungen) ab. Die sogenannte "Bestandespflege" erfolgt, wie bereits in früheren Jahren, wieder über die Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion (Beauftragte/r für Wirtschaftsfragen). In Vorbereitung sind zudem weitere Verbesserungen in der verwaltungsinternen Zusammenarbeit durch die Schaffung eines Koordinationsorgans.

Antrag: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.1.2 1999/247; Postulat der FDP-Fraktion vom 25. November 1999: Einrichtung eines Krisendispositivs; überwiesen am 25/11/1999

Die Erfahrungen im Zusammenhang mit "Adtranz" haben gezeigt, dass die Einsetzung einer "Task Force" ein gutes Instrument darstellt, um problembezogen vorzugehen und die nötigen Massnahmen zu ergreifen. Wirtschaftliche Krisen oder Führungskrisen gestalten sich jedesmal anders. Entsprechend liegt der Vorteil der Arbeit mittels einer Task Force darin, dass diejenigen Fachleute einbezogen werden können, die den höchsten Fachwissensstand, bezogen auf die konkrete Fragestellung, aufweisen. Weiter steht dem Regierungsrat der Kantonale Krisenstab zur Verfügung, der bei Vorfällen, die breite Bevölkerungskreise betreffen, zum Einsatz gelangt. Als neue Massnahme hat der Regierungsrat eine sogenannte "Watch List" eingeführt (institutionalisiertes Informationsgefäss im Rahmen der wöchentlichen Regierungsratssitzungen) über mögliche aussergewöhnliche Problemstellungen.

Antrag: Das Postulat sei aus den dargelegten Gründen abzuschreiben.

2.2.1.3 1999/248; Postulat von Remo Franz vom 25. November 1999: Ein ständiger Wirtschaftsrat statt eine Task Force!; überwiesen am 25/11/1999

Die Regierung hat eine regierungsrätliche Wirtschaftsdelegation gebildet. Dieser gehören die Vorsteher der Finanz- und Kirchendirektion und der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion, die Finanzverwalterin sowie die Generalsekretärin der VSD an. Je nach Fragestellung nimmt auch die Vorsteherin der Bau- und Umweltschutzdirektion an den Sitzungen teil. Weiter wurde eine Arbeitsgruppe Raum und Wirtschaft ins Leben gerufen, welche sich mit Standortfragen von neuzuziehenden Firmen oder Standortverlagerungen von bestehenden Firmen befasst. In diesem Sitzungsgefäss ist neben dem Leiter des Amtes für Raumplanung sowie der Generalsekretärin

der VSD auch der Leiter der Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft und der Leiter des Vermessungs- und Meliorationsamtes eingebunden. Eine weitere Verbesserungsmasse, die derzeit in Vorbereitung ist, betrifft die personelle Verstärkung des Bereichs Volkswirtschaft im Generalsekretariat der Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion. Die Zielsetzung besteht darin, der Baselbieter Wirtschaft wie in früheren Jahren eine Anlaufstelle (Beauftragte/r für Wirtschaftsfragen) zu bieten und die diversen Fragestellungen verwaltungsintern zu koordinieren. Vor diesem Hintergrund wird folgender Antrag unterbreitet: Das Postulat sei als erfüllt abzuschreiben.

2.2.2 Motionen

Keine

2.3 Bau- und Umweltschuttdirektion

2.3.1 Postulate

2.3.1.1 1995/163; Postulat von Esther Aeschlimann-Degen vom 11. September 1995: Bedarfslichtsignalanlage an der Hauptstrasse in Aesch, Tempo 50 ab Kreuzung Arlesheimerstrasse; überwiesen am 09/11/1995

Zwischenzeitlich ist der Niveauübergang der BLT-Linie 11 saniert sowie die Tramhaltestelle Steinacker aufgehoben worden, so dass sich die Installation einer Fussgänger-Lichtsignalanlage erübrigt. Der Fussgängerstreifen wurde jedoch mit einer Insel versehen und der Bereich mit Höchstgeschwindigkeit 50 km/h ausgedehnt. Wir beantragen Abschreibung.

2.3.1.2 1996/235; Postulat der Petitionskommission vom 29. Oktober 1996: Petition des Nordwestschweizer Aktionskomitees gegen Atomkraftwerke (NWA) betreffend Stilllegung des Superphénix in Ceys-Malville (F), Ausbau des Kernkraftwerks Fessenheim (F) sowie Errichtung eines Atomüll- Endlagers Malsburg-Marzell (D); überwiesen am 09/01/1997

Der geforderte Zwischenbericht wurde verfasst und mit RRB Nr. 1991 vom 11. Dezember 2001 an die GPK weitergeleitet. Wir beantragen Abschreibung.

2.3.1.3 2000/062; Postulat von Alfred Zimmermann vom 23. März 2000: Paritätische Vertretung in der Fluglärmkommission; überwiesen am 07/09/2000

Antrag auf Abschreibung. Die Vertreter aus BL wurden in der Zwischenzeit bestimmt.

2.3.1.4 2000/119; Postulat von Esther Maag vom 18. Mai 2000: Bahnhofgestaltung der Kantonshauptstadt; überwiesen am 21/09/2000

Erfüllt: Mit der Bereitstellung des Bahnhofareals für das eidg. Turnfest 2002 werden die geforderten Massnahmen getroffen.

2.3.1.5 2000/088; Postulat von Monika Engel vom 13. April 2000: Für eine blühende Kulturlandschaft im Laufental; überwiesen am 21/09/2000

Dem Regierungsrat wird empfohlen, ein Förderprogramm auszuarbeiten und die anfallenden Kosten für den Kanton aufzuzeigen. Mit diesem Vorgehen könnte dem Begehren des Postulates entsprochen werden. Es wird empfohlen, das Postulat als erledigt abzuschreiben.

2.3.1.6 2000/132; Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sanierung und Vermeidung von weiterem Bahnlärm in Pratteln; überwiesen am 21/09/2000

Antrag auf Abschreibung. Das Lärmsanierungsprojekt SBB für die Gemeinde Pratteln wird im 1. Quartal 2002 im Rahmen des Plangenehmigungsverfahrens öffentlich aufgelegt.

2.3.1.7 2000/117; Postulat von Peter Holinger vom 18. Mai 2000: Umgestaltung, Verschönerung und Verbesserung des Bahnhofareals in Liestal; überwiesen am 21/09/2000

Erfüllt: Mit der Bereitstellung des Bahnhofareals für das eidg. Turnfest 2002 werden die geforderten Massnahmen getroffen und im Rahmen des "Städtebaulichen Ideenwettbewerbs Bahnhofgebiet Liestal" umgesetzt.

2.3.1.8 2000/133; Postulat von Ruedi Moser vom 8. Juni 2000: Sport und Umwelt an runden Tisch; überwiesen am 30/11/2000

Erfüllt: Mit den Vertretern verschiedener Sportverbände wurden Gespräche geführt und die erforderlichen Massnahmen getroffen (Durchführung "runder Tisch", regelmässige Begehungen, verbesserte Koordination).

2.3.2 Motionen

Keine

2.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

2.4.1 Postulate

Keine

2.4.2 Motionen

Keine

2.5 Erziehungs- und Kulturdirektion

2.5.1 Postulate

2.5.1.1 1998/157; Postulat von Franz Ammann vom 3. September 1998: Bericht und Interventionsprogramme gegen Gewalt und Vandalismus an den Schulen; überwiesen am 04/03/1999

Jugend- und Gesellschaftsfragen und Gesundheitsförderung Baselland haben in Zusammenarbeit mit Frau Dr. Sabine Hofer aufgrund von Befragungen in der Sek.-Stufe I und II aufgrund des sich ergebenden Handlungsbedarfs die Broschüre "Gegen Gewalt können wir etwas tun!" verfasst und an die Schulen abgegeben. Damit sind die Schulen gewappnet und können entsprechende Massnahmen ergreifen.

Wir beantragen, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2.5.1.2 1999/268; Postulat von Robert Ziegler vom 15. Dezember 1999: Unterstützung von Sportvereinen in der Integration jugendlicher Ausländerinnen und Ausländer; überwiesen am 27/01/2000

An einer Tagung des Sportamtes am 4. November 2000 "Coaching und Integration Jugendlicher" wurde das Thema Sport und Integration ausführlich in Anwesenheit von mehreren Mitgliedern des Landrates behandelt und diskutiert. Die Unterstützung der Sportvereine bei ihrer Integrationsarbeit ist eine ständige Aufgabe des Sportamtes.

Wir beantragen, das Postulat als erfüllt abzuschreiben.

2.5.1.3 1999/267; Postulat von Bruno Krähenbühl vom 15. Dezember 1999: Einleitung eines Revisionsverfahrens des Konkordats über die Schulkoordination an die heutigen gesellschaftlichen Bedürfnisse; überwiesen am 23/03/2000

Der Regierungsrat unterbreitet dem Landrat eine Standesinitiative gemäss Motion Rudin und Bericht EKK unter Berücksichtigung des Postulates Krähenbühl sowie der Diskussion im Landrat.

Wir beantragen die Abschreibung des Postulates.

2.5.2 Motionen

2.5.2.1 1999/074; Motion von Eric Nussbaumer vom 15. April 1999: Kantonales Konzept für die familienergänzende Kinderbetreuung II; überwiesen am 02/09/1999

Mit RRB 2016 vom 11.12.2001 hat der Regierungsrat beschlossen:

1. Der Regierungsrat nimmt den Bericht der Arbeitsgruppe familienergänzende Kinderbetreuung im Kt. BL zur Kenntnis und dankt für die geleistete umfassende Arbeit. Der Auftrag der Arbeitsgruppe ist somit erfüllt und beendet.

2. Der RR wird im 1. Quartal 2002 eine der fünf Direktionen als "Familiendirektion" bezeichnen.
3. Der Regierungsrat beauftragt die "Familiendirektion" mit der Ausarbeitung einer gesetzlichen Grundlage.
4. Die Aufgabe des Kantons sieht der Regierungsrat wie folgt:
 - Einrichtung einer Fachstelle für familienergänzende Kinderbetreuung bei der "Familiendirektion" zur Beratung der Gemeinden, allfälliger privater Trägerschaften und des Kantons.
 - Der Kanton bietet als Arbeitgeber für seine Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein bedarfsgerechtes FEB-Angebot an.
 - Der Kanton sorgt an den kantonalen Schulen für eine Mittagsverpflegung für Schülerinnen und Schüler.
5. Im Sinne der geltenden und mehrfach bekräftigten Aufgabenteilung sind für die Einrichtung eines familienergänzenden Kinderbetreuungsangebotes die Gemeinden zuständig.

Wir beantragen die Abschreibung der Motion.

2.6 Landeskantlei

2.6.1 Postulate

Keine

2.6.2 Motionen

Keine

3 Aufträge, die weiterhin bearbeitet werden

3.1 Finanz- und Kirchendirektion

3.1.1 Postulate

3.1.1.1 1988/207; Postulat von Eva Rüetschi vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden; überwiesen am 30/08/1990

Das Geschäft wird in der Vorlage zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Abschreibung empfohlen.

3.1.1.2 1988/202; Postulat von Max Kamber vom 23. Juni 1988: Rückvergütung von Steuergeldern aus dem Grenzgängerabkommen mit Frankreich; Teilabgabe an die arbeitgebenden Gemeinden; überwiesen am 30/08/1990

Das Geschäft wird in der Vorlage zur Änderung des Finanzausgleichsgesetzes zur Abschreibung empfohlen.

3.1.1.3 1991/285; Postulat von Jörg Affentranger vom 12. Dezember 1991: Änderung des Erbschafts- und Schenkungssteuergesetzes; überwiesen am 18/02/1993

Im März 2001 hat das Volk die Gesetzesrevision zur Erbschafts- und Schenkungssteuer angenommen. Eine weitere Änderung des Gesetzes ist zur Zeit nicht opportun.

3.1.1.4 1992/249; Postulat von Peter Brunner vom 9. November 1992: Anpassung des Kinderabzuges von 400 Franken (Staatssteuer) an die Teuerung und sozialer Ausgleich für die Einführung und Erhöhung kantonaler und kommunaler Gebühren und Tarife; überwiesen am 18/03/1993

Eine Erhöhung des Kinderabzuges wird im Rahmen der Wiedereinführung des Kinderabzuges vom Steuerbetrag beabsichtigt. Die Vorlage wird nach Abschluss der Vernehmlassung im Frühling 2002 an den Landrat überwiesen.

3.1.1.5 1994/226; Postulat der SP-Fraktion vom 31. Oktober 1994: Anerkennung der Kinderbetreuungskosten als Gewinnungskosten im Steuerrecht; überwiesen am 16/02/1995

Erledigung erst möglich nach Erlass verbindlicher Vorgaben durch den Bund anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung.

3.1.1.6 1994/242; Postulat von Danilo Assolari vom 10. November 1994: Milderung der unsozialen Auswirkungen der Gebührenerhebung nach dem Verursacherprinzip; überwiesen am 16/02/1995

Erledigung erst möglich nach Erlass verbindlicher Vorgaben durch den Bund anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung

3.1.1.7 1995/066; Postulat von Peter Brunner vom 22. März 1995: Überprüfung der staatlichen und gemischtwirtschaftlichen Unternehmen und Dienstleistungen des Kantons (Standortbestimmung, Kantonsbeteiligung, Ziele, Führungsverantwortung usw.); überwiesen am 29/05/1995

Das Thema wird im Rahmen der derzeit in Überarbeitung stehenden WoV-Organisation (Agenturproblem) bearbeitet. Bericht folgt im 2002.

3.1.1.8 1995/172; Postulat von Max Ribi vom 21. September 1995: Für verständliche Steuerabrechnungen; überwiesen am 15/01/1996

Behandlung in der Vorlage an den Landrat im Rahmen des Steuergesetzrevisions-Pakets "Steuerbezug".

3.1.1.9 1995/220; Postulat von Jacqueline Halder vom 4. Dezember 1995: Einführung schadstoffabhängiger Landetagen und weiterer Massnahmen auf dem EuroAirport Basel-Mulhou-

se; überwiesen am 25/01/1996

Der Verwaltungsrat des EAP hat sich weiter detailliert mit der schadstoffabhängigen Landetaxe auseinandergesetzt. Gemäss Terminplan sollte sie im 2002 eingeführt werden können, anschliessend erfolgt die Berichterstattung an den Landrat.

3.1.1.10 1996/239; Postulat von Karl Rudin vom 31. Oktober 1996: Nicht mehr zeitgemässe Leumundszeugnisse; überwiesen am 06/02/1997

In Bearbeitung im Rahmen der Revision des Gemeindegesetzes (in Vorbereitung).

3.1.1.11 1997/104; Postulat von SP-Fraktion vom 29. Mai 1997: Verzicht auf die Erhebung der Handänderungssteuer bei Unternehmensumstrukturierungen (§ 84/3 Steuer- und Finanzgesetz); überwiesen am 19/03/1998

Auf Bundesebene sind Arbeiten für eine zweite Unternehmenssteuerreform im Gange, die zu einer eigenen Vorlage Anlass geben wird.

3.1.1.12 1998/036; Postulat von FDP-Fraktion vom 19. Februar 1998: Ausweisung finanzielle Folgen für Bürgerinnen und Bürger bei Gesetzes- und Dekretsvorlagen; überwiesen am 14/05/1998

Das Thema wird im Rahmen der derzeit in Überarbeitung stehenden WoV-Organisation bearbeitet. Bericht folgt im 2002.

3.1.1.13 1998/041; Postulat von Uwe Klein vom 19. Februar 1998: Vereinfachung des Gemeindesteuer-Einzuges bei juristischen Personen; überwiesen am 14/05/1998

Behandlung in der Vorlage an den Landrat im Rahmen des Steuergesetzrevisions-Pakets "Steuerbezug".

3.1.1.14 1997/169; Postulat von Alfred Zimmermann vom 4. September 1997: Euro Airport: Emissionsgebühren für schmutzige Flugzeuge; überwiesen am 11/06/1998

Der Verwaltungsrat des EAP hat sich weiter detailliert mit der schadstoffabhängigen Landetaxe auseinandergesetzt. Gemäss Terminplan sollte sie im 2002 eingeführt werden können. Dann erfolgt Berichterstattung.

3.1.1.15 1998/048; Postulat von CVP-Fraktion vom 12. März 1998: Bevölkerungsfreundliche und zukunftsorientierte Entwicklung des Flughafens Basel-Mülhausen-Freiburg; überwiesen am 11/06/1998

Risikoanalyse liegt vor und ist publiziert. Massnahmen müssen zusammen mit dem EAP trinational abgesprochen werden. Das gleiche gilt für die Neukonzipierung des Start- und Landeverfahrens (erste Schritte erfolgt, Dez. 2001). Zur Verbesserung der überstaatlichen Kommunikation ist im Dez. 2001 eine trinationale Umweltkommission eingesetzt worden.

Vorhaben Schienenanschluss: Projektierungs-phase hat begonnen. Gesamtberichterstattung erfolgt im 2002.

3.1.1.16 1998/081; Postulat von Esther Maag Zimmer vom 23. April 1998: Fürsorgekosten-Lastenausgleich; überwiesen am 15/10/1998

Wird in der Vorlage zum Finanzausgleich behandelt (Vorlage zur Zeit in Vernehmlassung).

3.1.1.17 1998/113; Postulat von Uwe Klein vom 28. Mai 1998: Neues Sozialgesetz - Materielle Solidarisierung der Fürsorgeaufwendungen unter den Gemeinden; überwiesen am 15/10/1998

Wird im Rahmen des Finanzausgleichs gelöst (Vorlage in Vernehmlassung).

3.1.1.18 1998/153; Postulat von CVP-Fraktion vom 3. September 1998: Steuererleichterung für Familien; überwiesen am 17/12/1998

Immer noch abwarten auf verbindliche Bundesvorgaben anlässlich der gesamtschweizerischen Reform der Familienbesteuerung.

3.1.1.19 1999/010; Postulat von Sabine Stöcklin vom 14. Januar 1999: Sicherung der Umwelt- und AnwohnerInnenschutz beim Flughafen Basel - Mülhausen; überwiesen am 29/04/1999

Siehe Postulat 1998/048. Die trinationale Umweltkommission ist im Dezember 2001 ins Leben gerufen worden. Berichterstattung erfolgt im 2002.

3.1.1.20 1999/018; Postulat von Eugen Tanner vom 28. Januar 1999: Stabilisierungsprogramm des Bundes: Entlastung der Gemeinden; überwiesen am 29/04/1999

Wird im Rahmen der Finanzausgleich gelöst (Vorlage zur Zeit in Vernehmlassung).

3.1.1.21 1999/221; Postulat von Esther Aeschlimann vom 28. Oktober 1999: Solidarisierung / Gemeindebeiträge an die Alters- und Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner; überwiesen am 16/12/1999

Wird in der Vorlage zum Finanzausgleich behandelt (Vorlage in Vernehmlassung).

3.1.1.22 1999/187; Postulat von Esther Maag vom 16. September 1999: Mehr Gemeindeautonomie bei Initiative und Referendum; überwiesen am 13/01/2000

In Bearbeitung im Rahmen des Gemeindegesetzes (in Vorbereitung).

3.1.1.23 1999/256; Postulat von Peter Tobler vom 25. November 1999: Richtige "Make or buy" - Analysen für kantonale Vorhaben; überwiesen am 24/02/2000; Antwort in Bearbeitung; Bericht wird im 2002 vorgelegt.

3.1.1.24 1999/232; Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Ruhegehalt der Mitglieder des Regierungsrates; überwiesen am 04/05/2000

Geschäft wird derzeit bearbeitet. Vorlage folgt im 2002.

3.1.1.25 1999/233; Postulat von Eva Chappuis vom 11. November 1999: Anstellungsverhältnisse an Jugendmusikschulen; überwiesen am 24/02/2000

Auf das Postulat wurde an LR-Sitzung vom 12.12.2001 nicht eingetreten (Neue Nr. 2001/157).

3.1.1.26 2000/036; Postulat von Roland Plattner vom 10. Februar 2000: WoV und Ethik - ein Personalleitbild für die kantonale Verwaltung; überwiesen am 13/04/2000

Antwort in Bearbeitung; Bericht wird im 2002 vorgelegt.

3.1.1.27 2000/049; Postulat von Esther Maag vom 24. Februar 2000: Arbeitsteilungs-Modelle bei Verwaltungskadern und Gerichtspräsidien; überwiesen am 19/10/2000

Antwort in Bearbeitung; Bericht wird im 2002 vorgelegt.

3.1.1.28 2000/135; Postulat von Peter Holinger vom 8. Juni 2000: Konkurrenz der Privatwirtschaft durch öffentliche Betriebe; überwiesen am 16/11/2000

Antwort in Bearbeitung; Bericht wird im 2002 vorgelegt.

3.1.1.29 2000/187; Postulat von Alfred Zimmermann vom 21. September 2000: Strikte Nachtruhe zwischen 22'00 und 06'00 auf dem EuroAirport: Änderung des Staatsvertrags; überwiesen am 30/11/2000

Die Forderung des Postulats muss im Zuge der laufenden Revision des Pistenbenützungskonzepts überprüft werden. Erste Schritte zur Neukonzipierung des Start- und Landeverfahrens sind in die Wege geleitet worden. Die Revision wird auf trinationaler Ebene fortgeführt. Gesamtberichterstattung erfolgt im 2002.

3.1.1.30 2000/214; Postulat der Petitionskommission vom 2. November 2000: Kantonale Mutterschafts- und Vaterschaftsbeihilfen; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Pierre Triponez «Revision Erwerbsersatzgesetz. Ausweitung der Erwerbsersatz-

ansprüche auf erwerbstätige Mütter» am 29.11.2001 überwiesen. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.1.31 2000/223; Postulat einer Überparteilichen Petition für kantonale Mutterschafts-/Vaterschaftsbeihilfen "Mutterschaftsbeiträge endlich auch im Baselbiet" vom 6. Januar 2000; überwiesen am 13/12/2000

In dieser Sache hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Pierre Triponez «Revision Erwerbsersatzgesetz. Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter» am 29.11.2001 überwiesen. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.2 Motionen

3.1.2.1 1988/005; Motion von Ruth Heeb vom 11. Januar 1988: Einführung eines Taggeldes für einkommensschwache erwerbstätige und nicht erwerbstätige Mütter; überwiesen am 13/11/1989

In dieser Sache hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Pierre Triponez «Revision Erwerbsersatzgesetz. Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter» am 29.11.2001 überwiesen. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.2.2 1988/006; Motion von Susanne Leutenegger Oberholzer vom 11. Januar 1988: Ausrichtung von Beiträgen an kleinkinderbetreuende Mütter oder Väter (sog. Mutterschaftsbeiträge); überwiesen am 13/11/1989

In dieser Sache hat der Nationalrat die parlamentarische Initiative von Pierre Triponez «Revision Erwerbsersatzgesetz. Ausweitung der Erwerbsersatzansprüche auf erwerbstätige Mütter» am 29.11.2001 überwiesen. Da ein kantonaler Alleingang bei dieser Ausgangslage wenig Sinn macht, sind die Entscheide des Bundes abzuwarten.

3.1.2.3 1992/025; Motion von Max Ribi vom 23. Januar 1992: Vereinfachung der Steuererhebung und Verminderung der Verärgerung des Steuerzahlers; überwiesen am 18/02/1993

Im Rahmen der Steuerharmonisierung ist für die absehbare Zukunft ein vereinheitlichtes "Schweizerisches Steuerformular" vorgesehen (ursprünglich 2001). Dieses kann aber frühestens 2003 verwirklicht werden. In der Zwischenzeit wird dem Anliegen mit kundenfreundlicherer Ausgestaltung der Steuererklä-

rung und der Wegleitung sowie übersichtlicherer Abrechnung begegnet.

3.1.2.4 1995/184; Motion von Dieter Völlmin vom 19. Oktober 1995: Einführung einer sachgerechten, klaren und zeitgemässen Regelung der Aufsichts- und Kontrollfunktionen bei der Basellandschaftlichen Kantonalbank (Änderung des Kantonalbankgesetz vom 17. Juni 1957); überwiesen am 15/01/1996

Dieser Fragenbereich wird mit der in Kürze beginnenden Revision des Kantonalbankengesetzes bearbeitet.

3.1.2.5 1997/031; Motion von Karl Rudin vom 6. März 1997: Baselland wird bis zum Jahr 2000 zum familienfreundlichen Kanton; überwiesen am 12/06/1997

Der Teil «Steuern» und «Krankenkassenprämienverbilligung» sind erledigt, so dass die FKD entlastet ist. Die Bearbeitung der übrigen Teile wird von weiteren Direktionen bearbeitet.

3.2 Volkswirtschafts- und Sanitätsdirektion

3.2.1 Postulate

3.2.1.1 1996/218; Postulat von Claudia Roche vom 17. Oktober 1996: Berufsmaturität für Berufe im Gesundheitswesen; überwiesen am 20/03/1997

Das Anliegen ist in Bearbeitung. Zur Zeit läuft ein Vorprojekt zur Umsetzung der Neuen Bildungssystematik BS/BL.

3.2.1.2 1997/129; Postulat von Rudolf Keller vom 19. Juni 1997: Anpassung der ins Ausland bezahlten Kinderzulagen an die Kaufkraft in den Empfängerländern; überwiesen am 18/09/1997

Am 4. Dezember 2001 hat der Regierungsrat den Beschluss gefasst, umgehend eine Revision des Kinderzulagengesetzes in Angriff zu nehmen. Die Revision hat die Zielsetzung, rechtzeitig auf die Inkraftsetzung des kommenden neuen Bundesgesetzes ein damit koordiniertes Gesetz vorschlagen zu können, welches auch die derzeit erkannten Mängel des bestehenden Gesetzes eliminieren soll. Der Regierungsrat hat die Zentrale Aufsichtskommission für Kinderzulagen (ZAK) mit der Vorbereitung beauftragt. Die ZAK hat die Arbeiten bereits im Dezember 2001 aufgenommen. Das Anliegen gemäss Postulat Keller wird im Rahmen dieser Arbeiten geprüft werden.

3.2.1.3 1997/132; Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Schaffung einer einzigen überkantonalen Rheinhafenverwaltung; überwiesen am 04/12/1997

Ein erster Zwischenbericht an die landrätliche GPK wurde letztes Jahr erstattet. Gestützt auf die Ergebnisse einer Prognos-Studie haben die Regierungen BS und BL inzwischen beschlossen, ein gemeinsames Hafennutzungskonzept und eine gemeinsame Hafenentwicklungsstrategie auszuarbeiten. Die Ergebnisse sollen im Sommer 2002 vorliegen und die Grundlage bilden für den anschliessend zu treffenden politischen Grundsatzentscheid.

3.2.1.4 1997/191; Postulat von Peter Brunner vom 25. September 1997: Grundsätzliches Wahlrecht des Patienten beim Medikamentenbezug und Einführung einer margenunabhängigen Medikamentenverrechnung bei ärztlicher Selbstdispensation; überwiesen am 05/02/1998

Das Anliegen wird im Rahmen der bevorstehenden Revision des Gesundheitsgesetzes aufgenommen.

3.2.1.5 1998/039; Postulat von Hansruedi Bieri vom 19. Februar 1998: Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten; überwiesen am 14/05/1998

Per 1.1.2002 wurde für die Wirtschaftsförderung Basel-Stadt und Basel-Landschaft ein vollamtlicher Leiter eingestellt. Es ist vorgesehen, die konkreten Bedürfnisse der Gemeinden im Hinblick auf die Ausbildung von kommunalen Wirtschaftsbeauftragten in Erfahrung zu bringen und alsdann ein entsprechendes Ausbildungsangebot bereitzustellen.

3.2.1.6 1999/017; Postulat von Max Ritter vom 28. Januar 1999: Schaffung von zentralen Kadaversammelstellen; überwiesen am 29/04/1999

Im Rahmen einer Änderung des Landwirtschaftsgesetzes soll das Anliegen umgesetzt werden. Eine entsprechende Vorlage wird dem Landrat noch im 1. Quartal 2002 unterbreitet.

3.2.1.7 1999/098; Postulat von BPK vom 29. April 1999: Korrektur der Schwachstellen im Rheinhafengesetz; überwiesen am 11/11/1999

Der Entwurf zu einer Gesetzesrevision befindet sich zur Zeit in einem verwaltungsinternen Vernehmlassungsverfahren. Noch im 1. Quartal 2002 ist mit der entsprechenden LR-Vorlage zu rechnen.

3.2.1.8 1999/215; Postulat von FDP-Fraktion vom 28. Oktober 1999: Alters- und Pflegeheimdekret - § 12 Finanzielle Leistungskraft, (Änderung der bisherigen Regelung bei der Berechnung der finanziellen Leistungskraft); überwiesen am

16/12/1999

Das Anliegen wird im Rahmen der geplanten Vorlage eines Gesetzes über die Betreuung und Pflege im Alter behandelt.

3.2.1.9 1999/202; Postulat von CVP/EVP-Fraktion vom 14. Oktober 1999: Überprüfung des Leistungsauftrages und der Struktur des Kantonalen Laboratoriums in Liestal; überwiesen am 10/02/2000

Ein externes Büro führt zur Zeit eine Synergieanalyse zum geplanten Umwelt- und Verbraucherzentrum durch. Der Abschluss dieser Arbeiten ist für Ende März 2002 vorgesehen. Aufgrund der Ergebnisse werden die zweckmässigen weiteren Massnahmen eingeleitet.

3.2.1.10 1999/169; Postulat von FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Optimierung der Transportinfrastruktur am Oberrhein und Hochrhein; überwiesen am 23/03/2000

Noch im 1. Quartal 2002 wird der Regierungsrat im Rahmen einer Landratsvorlage zum Postulat Stellung nehmen.

3.2.1.11 2000/142; Postulat von Franz Hilber vom 22. Juni 2000: Kampfhunde "an die Leine"; überwiesen am 19/10/2000

Das Anliegen wurde aufgenommen in die laufende Revision des Hundegesetzes. Das Vernehmlassungsverfahren ist abgeschlossen; die Vorlage wird noch im 1. Quartal 2002 an den Landrat weitergeleitet.

3.2.1.12 2000/082; Postulat von Eric Nussbaumer vom 6. April 2000: Berufe im Gesundheitswesen; überwiesen am 19/10/2000

Das Anliegen wird im Rahmen des laufenden Vorprojektes zur Umsetzung der Neuen Bildungssystematik BS/BL geprüft. Eine Entscheidung ist bis Juni 2002 zu erwarten.

3.2.1.13 2000/170; Postulat von Maya Graf vom 7. September 2000: Ein Öko-Label für den Baselbieter Wald; überwiesen am 14/12/2000

Der Regierungsrat wird dem Landrat noch im 1. Quartal 2002 eine entsprechende Vorlage unterbreiten.

3.2.2 Motionen

Keine

3.3 Bau- und Umweltschutzdirektion

3.3.1 Postulate

3.3.1.1 1983/229; Postulat der CVP-Fraktion vom 5. Dezember 1983: Weiterführung der BLT-Linie 70 Reigoldswil - Basel (Aeschenplatz) zum Bahnhof SBB Basel; überwiesen am 02/02/1987

Die Realisierung des Anliegens wird etappiert realisiert (Verlegung der Bushaltestelle am Aeschenplatz, danach Prüfung der Busverlängerung an den Bahnhof in Abstimmung mit den übrigen Verkehrsteilnehmern).

3.3.1.2 1990/136; Postulat von Ursula Bischof vom 28. Mai 1990: Sanierung der Vorderen Frenke zwischen Bubendorf (Talhaus) und Hölstein; überwiesen am 13/05/1991

Die im Jahre 2001 durchgeführte hydrologische Untersuchung hat keine eindeutigen Resultate bezüglich der Machbarkeit einer Revitalisierung ergeben. Definitive Schlüsse müssen mit Feldversuchen ermittelt werden.

3.3.1.3 1989/318; Postulat der FDP-Fraktion vom 14. Dezember 1989: Rasche etappenweise Realisierung der Regio-S-Bahn; überwiesen am 20/11/1991

Die Regierungen der Nordwestschweizer Kantone haben den SBB Ende 2000 einen Planungsauftrag für die Regio-S-Bahn Basel 2005 erteilt. Die Projektarbeiten sind noch nicht abgeschlossen.

3.3.1.4 1991/092; Postulat der SP-Fraktion vom 22. April 1991: Naturgerechtes kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Der die verwaltungsinterne Vernehmlassung bereits durchlaufene Entwurf eines neuen Wasserbaugesetzes enthält auch eine Pflicht zur Erstellung einer Massnahmenplanung für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Diese Massnahmenplanung entspricht den Zielen des Postulates, weshalb es mit der Gesetzesvorlage abgeschrieben werden soll.

3.3.1.5 1988/278; Postulat von Peter Brunner vom 31. Oktober 1988: Umweltfreundliches kantonales Wasserbaukonzept; überwiesen am 02/12/1991

Der die verwaltungsinterne Vernehmlassung bereits durchlaufene Entwurf eines neuen Wasserbaugesetzes enthält auch eine Pflicht zur Erstellung einer Massnahmenplanung für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Diese Massnahmenplanung entspricht den Zielen des Postulates, weshalb es mit der Gesetzesvorlage abgeschrieben werden soll.

3.3.1.6 1991/279; Postulat von Annemarie Spinner vom 11. Dezember 1991: Ausarbeitung einer Strassenrechnung von Kanton und Gemeinden; überwiesen am 01/06/1992

Die Landratsvorlage liegt im Entwurf vor und sollte im 1. Quartal 2002 an den Landrat überwiesen werden können.

3.3.1.7 1991/195; Postulat von Geschäftsprüfungskommission vom 9. September 1991: Neubau der Schule für Spitalberufe; überwiesen am 01/02/1993

Seit 1999 liegt ein Betriebskonzept für die Unterbringung der Berufsschule für Pflege mit einem überarbeiteten Soll-Raumprogramm vor. Die weiteren Schritte für das Jahr 2000 im Hochbauamt wären die Standortevaluation sowie die Durchführung eines Architekturwettbewerbs für einen Schulneubau gewesen. Die VSD hat diese weiteren Planungsschritte im Verlaufe des Frühling 2000 gestoppt. Sie prüft vorgängig der Inangriffnahme von weiteren planerischen Massnahmen im Grundsatz Angebot, Zulassungsbedingungen und die künftige Zuständigkeit für die Schule für Spitalberufe. Das Projekt ist bis zu einer neuen Auftragserteilung durch die Bestellerdirektion im Hochbauamt sistiert.

3.3.1.8 1989/024; Postulat von Max Ribi vom 30. Januar 1989: Direkte Tramlinie von Allschwil zum Bahnhof Basel SBB; überwiesen am 03/05/1993

Die Abklärungen sind in Zusammenarbeit mit der Gemeinde Allschwil im Herbst 2001 aufgenommen worden.

3.3.1.9 1994/010; Postulat der Petitionskommission vom 12. Januar 1994: Sicherung des Fussgängerübergangs Hauptstrasse Langenbruck durch eine Lichtsignalanlage; überwiesen am 31/01/1994

Der die verwaltungsinterne Vernehmlassung bereits durchlaufene Entwurf eines neuen Wasserbaugesetzes enthält auch eine Pflicht zur Erstellung einer Massnahmenplanung für Revitalisierungen, Hochwasserschutz und Korrekturen. Diese Massnahmenplanung entspricht den Zielen des Postulates, weshalb es mit der Gesetzesvorlage abgeschrieben werden soll.

3.3.1.10 1994/016; Postulat von Peter Kuhn vom 20. Januar 1994: Rollstuhlgängige, behindertengerechte Trams und Busse auf den Linien der BLT für Rollstuhlfahrer/Innen, Gehbehinderte, betagte Leute, Frauen und Männer mit Kinderwagen, etc.; überwiesen am 10/02/1994

Das Anliegen des Postulats entspricht der Volksinitiative für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr (überwie-

sen am 26.11.98). Die interkantonale Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Behindertenorganisationen und ÖV-Unternehmen erarbeitet ein Konzept als Grundlage der Gesetzesvorlage.

3.3.1.11 1994/150; Postulat der FDP-Fraktion vom 22. Juni 1994: Fernheizwerk Liestal, Mitverantwortung für Wärmebenützer; überwiesen am 22/09/1994

Es war vorgesehen, das Postulat im Rahmen der IBBL-Vorlage abzuschreiben. Nach Ablehnung der Vorlage durch den Landrat am 6. April 2001 und nach Rückzug der zur IBBL-Vorlage geführten Gemeindeinitiative am 14. Dezember 2001 soll das Postulat neu beurteilt werden. Bis Mitte 2002 wird Bericht erstattet.

3.3.1.12 1994/258; Postulat der FDP-Fraktion vom 21. November 1994: Änderung des Umweltschutzgesetzes § 21 „Kostendeckung - Siedlungsabfälle“; überwiesen am 16/02/1995

Fristverlängerung um 1 Jahr gem. Auszug aus LR-Protokoll vom 6.9.2001

3.3.1.13 1995/230; Postulat von Danilo Assolari vom 14. Dezember 1995: Überarbeitung der Projektierungsrichtlinien für die Gestaltung von Kantonsstrassen in Ortskernen; überwiesen am 05/02/1996

Die Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien für Kantonsstrassen in erhaltenen Ortskernen in Zusammenarbeit mit dem IVT der ETH-Zürich ist im Gang. Das Ziel ist, in einer Nachfolgeschrift Erfahrungen und Erkenntnisse darzulegen und allenfalls notwendige Anpassungen und Ergänzungen zu den damals aufgestellten Projektierungsgrundsätzen zu formulieren. Der Abschluss dieser Arbeiten wurde durch den krankheitsbedingten Ausfall des IVT-Mitarbeiters verzögert.

3.3.1.14 1995/218; Postulat von Theo Weller vom 4. Dezember 1995: Regelungsbedarf für den atmosphärischen Gaskessel; überwiesen am 05/02/1996

Die Vereinigung kantonaler Feuerversicherungen (VKF) hat Untersuchungen über die Reinigungsintervalle von Feuerungen in Auftrag gegeben. Die Ergebnisse dieser Untersuchungen sollen abgewartet werden. Die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse hat sich verzögert und ist im 1. Semester 2002 vorgesehen.

3.3.1.15 1996/035; Postulat der SP-Fraktion und der Fraktion der Grünen vom 15. Februar 1996: Inkraftsetzung des § 28 des Umweltschutzgesetzes (Zuweisung der Abfälle zu den Abfallanlagen);

überwiesen am 18/04/1996

Kurzbericht an GPK mit RRB 1804 vom 13.11.2001 (gemäss Auftrag in LR-Protokoll vom 6.9.01)

3.3.1.16 1996/150; Postulat von Robert Piller vom 10. Juni 1996: Direkte Eisenbahnverbindung Suisse Romand - Region Basel gefährdet; überwiesen am 09/01/1997

Die Interessenwahrung erfolgt jeweils im Fahrplanverfahren sowie bei den Zukunftsprojekten für Bahn 2000. Weitere Massnahmen werden von den betroffenen Kantonen zusammen mit den SBB geprüft.

3.3.1.17 1997/189; Postulat von Max Ritter vom 25. September 1997: Bahn Sissach - Läfelfingen - Olten; überwiesen am 25/09/1997

Beide Postulatanliegen sind von der Mitwirkung des Kantons Solothurn abhängig. Aus finanziellen Gründen haben sie dort keine hohe Dringlichkeit.

3.3.1.18 1997/133; Postulat von SP-Fraktion vom 19. Juni 1997: Angebot von Dienstleistungen des Sicherheitsinspektorates an die Nachbarkantone; überwiesen am 04/12/1997

Das Sicherheitsinspektorat hat im Jahr 2000 zusätzliche Vollzugsaufgaben im Bereich Organismen und im Jahr 2001 im Bereich Gefahrguttransporte übernommen. Der Personalbestand wurde deshalb nicht erhöht, erlaubt es jedoch einstweilen noch nicht, gewinnbringend Dienstleistungen an Nachbarkantone anbieten zu können.

3.3.1.19 1998/079; Postulat von Hanspeter Frey vom 23. April 1998: Projektierung und Bau einer dritten Tunnelröhre am Belchentunnel; überwiesen am 28/05/1998

Das Generelle Projekt "Sanierungstunnel Belchen" liegt vor. Zur Zeit ist die Vernehmlassung bei den beiden betroffenen Gemeinden und den involvierten Amtstellen im Gange.

3.3.1.20 1998/093; Postulat von Peter Brunner vom 14. Mai 1998: Öffentlicher Verkehr und Behinderte gemeinsam; überwiesen am 26/11/1998

Das Anliegen des Postulats entspricht der Volksinitiative für einen behinderten- und betagtengerechten öffentlichen Nah- und Regionalverkehr (überwiesen am 26.11.98). Die interkantonale Arbeitsgruppe mit Beteiligung der Behindertenorganisationen und ÖV-Unternehmen erarbeitet ein Konzept als Grundlage der Gesetzesvorlage.

3.3.1.21 1998/193; Postulat von Ruedi Moser vom 15. Oktober 1998: Vermeidung Mobilfunk-Antennenwald; überwiesen am 04/03/1999

Sachbereich Kommunikation wird im Rahmen des kantonalen Richtplanes bearbeitet. Anliegen wird in diesem Zusammenhang geprüft.

3.3.1.22 1998/250; Postulat von Daniel Wyss vom 26. November 1998: Massnahmen zur Vermeidung von Feinstaub; überwiesen am 15/04/1999

Das Anliegen des Postulates wird im Rahmen der Revision des Luftreinhalteplans berücksichtigt. Die Beschlussfassung des Luftreinhalteplans ist im 2.Semester 2002 vorgesehen.

3.3.1.23 1998/264; Postulat von Esther Maag vom 17. Dezember 1998: Wie hält es der Kanton Basel-land mit Minergie?; überwiesen am 20/05/1999

Fristverlängerung um 1 Jahr gem. Auszug aus LR-Protokoll vom 6.9.01

3.3.1.24 1999/100; Postulat von Max Ritter vom 29. April 1999: Förderung bodenschonender Anbausysteme im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 11/11/1999

Vorschlag des LZE liegt vor. Nach Diskussion mit Landwirtschaftsvertretern wurde am 7.1.2002 entschieden, neuen Vorschlag auszuarbeiten. Dazu wird ein informelles Gespräch mit den beiden Postulanten durch das LZE organisiert.

3.3.1.25 1999/130; Postulat von BPK vom 23. Juni 1999: Neue Gestaltungsideen in Dorfkernen; überwiesen am 11/11/1999

Dem Postulat wird mit der Überarbeitung der Gestaltungsrichtlinien gemäss Postulat 1995/230 von D. Assolari vom 14.12.95 Rechnung getragen.

3.3.1.26 1999/058; Postulat von Heidi Portmann vom 25. März 1999: Einspar- und Anlagen-Contracting - dem raffinierten Weg zum technischen Energiesparen, Produzieren, Geld sparen und Umwelt schützen; überwiesen am 11/11/1999

Vorschlag des LZE liegt vor. Nach Diskussion mit Landwirtschaftsvertretern wurde am 7.1.2002 entschieden, neuen Vorschlag auszuarbeiten. Dazu wird ein informelles Gespräch mit den beiden Postulanten durch das LZE organisiert.

3.3.1.27 1999/189; Postulat von FDP-Fraktion vom 16. September 1999: Zukunftsgerichteter, attraktiver und kostengünstiger öffentlicher Verkehr Nordwestschweiz; überwiesen am 24/02/2000

Die Kantone haben während der Erarbeitung des Planungsauftrages der NWCH an die SBB für die grenzüberschreitende Regio-S-Bahn Basel 2005 ein Ausschreibungsmoratorium beschlossen.

3.3.1.28 1999/255; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal; überwiesen am 24/02/2000

Eine Verlängerung der Tramlinie 14 von Pratteln nach Liestal muss im Zusammenhang der räumlichen Entwicklung des Gebietes Pratteln Nord betrachtet werden; erste Abklärungen für die Trasseeführung im Raum Pratteln liegen vor und sollen weiter konkretisiert werden. Eine Verlängerung ins Ergolzthal soll anschliessend geprüft werden.

3.3.1.29 1999/254; Postulat von Max Ribi vom 25. November 1999: Nutzungsaustausch oder Nutzungszusammenschluss von Gewerbe- und Industriegebiet unter den Gemeinden; überwiesen am 24/02/2000

Sachbereich Arbeitsplatzgebiete wird im Rahmen des kantonalen Richtplanes bearbeitet. Anliegen wird in diesem Zusammenhang geprüft.

3.3.1.30 2000/037; Postulat von Hanspeter Frey vom 10. Februar 2000: Umfahrung Allschwil / Verkehrsentslastung Leimental; überwiesen am 06/04/2000

Auf Verwaltungsebene werden alle Aktivitäten wahrgenommen, die einer Lösung des Verkehrsproblems im Sinne des Postulats dienen. Eine Arbeitsgruppe mit Vertretern von BS, BL, Gemeinde Allschwil und Frankreich (District des Trois Frontières) ist in den anstehenden Planungen involviert. Zurzeit wird durch eine Ingenieurgemeinschaft die Planungsstudie "Südumfahrung Basel" ausgearbeitet. Der Schlussbericht wird im Jahre 2003 vorliegen.

Die Verhandlungen mit dem Bund können erst aufgenommen werden, wenn die notwendigen Verhandlungsgrundlagen erstellt sind.

3.3.1.31 2000/080; Postulat von Max Ritter vom 6. April 2000: Änderung des Gesetzes über den Denkmal- und Heimatschutz; überwiesen am 21/09/2000

Die Beantwortung des Postulates ist in Bearbeitung.

3.3.1.32 2000/134; Postulat von Max Ribi vom 8. Juni 2000: Erhaltung bedienter Bahnhöfe im Kanton Basel-Landschaft; überwiesen am 21/09/2000

Zur Zeit klären die SBB mit den Gemeinden die Besetzung der Bahnhöfe mit Personal ab. Der Kanton hat eine subsidiäre Rolle, die er im Nachgang zum Investitionsprogramm für die Regio-S-Bahn Basel 2005 mit den Gemeinden und den SBB und unter Berücksichtigung der Finanzierbarkeit politisch definieren wird.

3.3.2 Motionen

3.3.2.1 1998/192; Motion von FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Wiesenbergtunnel. Dem 2. Juradurchstich zum Durchbruch verhelfen; überwiesen am 04/03/1999

Die Evaluation für Bahn 2000, 2. Etappe sind im Gange. Der 2. Juradurchstich ist in allen vier Programm-Varianten des Bundes enthalten.

3.3.2.2 1998/219; Motion von Emil Schilt vom 29. Oktober 1998: Bahn 2000 im Raume Liestal; überwiesen am 04/03/1999

Die Planungen sind im Gange, aber noch nicht abgeschlossen.

3.4 Justiz-, Polizei- und Militärdirektion

3.4.1 Postulate

3.4.1.1 1976/142; Postulat von Adrian Müller vom 5. Februar 1976: Reorganisation der Amtsvormundschaften; überwiesen am 08/04/1976

Das Amtsvormundschaftsgesetz – in dem auch die Abschreibung dieses Postulats beantragt wird - wurde im Januar 2002 dem Landrat von der Regierung zugeleitet (Vorlage 2002 / 001)

3.4.1.2 1994/169; Postulat von Roland Meury vom 5. September 1994: Erleichterte Einbürgerung von Jugendlichen der sogenannten „zweiten Generation“; überwiesen am 20/10/1994

Der Bundesrat hat Ende 2001 dem Parlament die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen steht die Behandlung in der staatspolitischen Kommission des Nationalrates (als Erstrat) an.

3.4.1.3 1994/175; Postulat von Klaus Hiltmann vom 5. September 1994: Einbürgerungs-Erleichterung für Jugendliche der zweiten Ausländergeneration; überwiesen am 20/10/1994

Der Bundesrat hat Ende 2001 dem Parlament die entsprechende Botschaft zugestellt. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen steht die Behandlung in der staatspolitischen Kommission des Nationalrates (als Erstrat) an.

3.4.1.4 1995/159; Postulat von Theo Weller vom 11. September 1995: Revision des Gesetzes über die Jugendstrafrechtspflege vom 1. Dezember 1980; überwiesen am 05/02/1996

Der Ständerat hat das neue eidgenössische Jugendstrafgesetz verabschiedet. Im Moment ist die Vorlage beim Nationalrat pendent. Sobald das eidgenössische

Jugendstrafgesetz feststeht, kann auch der Revisionsbedarf auf kantonaler Ebene zuverlässig beurteilt werden.

3.4.1.5 1998/259; Postulat von Dölf Brodbeck vom 16. Dezember 1998: Förderung zukunftsweisender Technologien im Strassenverkehr; überwiesen am 15/04/1999

Durch einen personellen Wechsel in der Motorfahrzeugkontrolle Baselland hat sich die Bearbeitung des Vorstosses leider verzögert. Eine Vorlage wird dem Landrat im Verlaufe des Jahres 2002 vorgelegt.

3.4.1.6 1998/221; Postulat von Peter Brunner vom 29. Oktober 1998: Kontrollberichte und Analysen des Bundesgerichts über die Urteilspraxis der Baselbieter Gerichte; überwiesen am 15/04/1999

Dem Landrat wird 2002 eine Vorlage unterbreitet.

3.4.1.7 1998/218; Postulat von Peter Tobler vom 29. Oktober 1998: Ergänzung der Zivilprozessordnung; überwiesen am 15/04/1999

Nachdem der Landrat die Abschreibung abgelehnt hat, wurden die Mitglieder einer entsprechenden Arbeitsgruppe bestimmt. Diese setzt sich aus Vertretungen der Gerichte und der JPMD zusammen. Ziel ist es, im Jahre 2002 einen Vernehmlassungsentwurf zu erarbeiten.

3.4.1.8 1999/201; Postulat von Erich Nussbaumer vom 14. Oktober 1999: Baselbieter Zeitspende-Preis; überwiesen am 13/01/2000

Der Regierungsrat wird im Laufe des Jahres 2002 einen Zeitspende-Preis realisieren.

3.4.1.9 1999/170; Postulat von FDP-Fraktion vom 2. September 1999: Sofortmassnahmen im Asylbereich: Handeln tut Not!; überwiesen am 27/01/2000

Der Landrat hat die Ziffern 3.1 und 3.2 nicht abgeschrieben. Zu diesen Punkten wird dem Parlament 2002 eine Vorlage unterbreitet.

3.4.1.10 1999/185; Postulat von Max Ribi vom 16. September 1999: Beschleunigung der Verfahren am Zivilgericht; überwiesen am 27/01/2000

Die voraussichtliche letzte Sitzung der vom Bundesrat eingesetzten Expertenkommission für die Vereinheitlichung des Zivilprozessrechts findet im Februar 2002 statt. Anschliessend wird das BA für Justiz einen Bericht machen, damit daraufhin die neue Schweizerische Zivilprozessordnung vom Bundesrat in die Vernehmlassung geschickt werden kann. Dies sollte im 2. Semester 2002 geschehen. Wenn der

Vernehmlassungsentwurf vorliegt, wird der Vorstoss von einer Arbeitsgruppe unter der Federführung des neuen Kantonsgericht im Lichte der geplanten Bundesnormen geprüft.

3.4.1.11 1999/137; Postulat von SP-Fraktion vom 24. Juni 1999: Lockerung der Wohnsitzerfordernisses bei Einbürgerungen; überwiesen am 10/02/2000

Das Anliegen wird im Rahmen der Anpassungen an die Revision der Bürgerrechtsgesetzgebung des Bundes geprüft. Die Botschaft des Bundesrates sieht eine Herabsetzung des eidgenössischen Wohnsitzerfordernisses von heute 12 auf neu 8 Jahre vor. Zur Zeit der Drucklegung dieser Stellungnahme zu den Vorstössen steht die Behandlung in der staatspolitischen Kommission des Nationalrates (als Erstrat) an.

3.4.1.12 2000/064; Postulat von Bruno Krähenbühl vom 23. März 2000: Einführung von staatlichen (oder staatlich anerkannten, kontrollierten und geförderten) Vorbereitungskursen für einbürgerungswillige ausländische Staatsangehörige; überwiesen am 16/11/2000

Erste Vorbereitungsarbeiten wurden an die Hand genommen. Eine entsprechende Landratsvorlage wird im Laufe des Jahres 2002 erarbeitet.

3.4.2 Motionen

3.4.2.1 1980/138; Motion von Werner Zahn vom 1. September 1980: Revision der Rechtserlasse über das Hausierwesen; überwiesen am 10/11/1980

Die eidgenössischen Räte haben dem Bundesgesetz über das Reisendengewerbe zugestimmt. Zum Abgabetermin der Stellungnahme zu den parlamentarischen Vorstössen ist die entsprechende Verordnung noch nicht vom Bundesrat verabschiedet worden. Diese gilt es abzuwarten, um den Rechtssetzungsbedarf auf kantonaler Ebene zuverlässig beurteilen zu können.

3.4.2.2 1997/203; Motion von Paul Schär vom 16. Oktober 1997: Neuauflage Gastwirtschaftsgesetz; überwiesen am 22/01/1998

Im Herbst 2001 haben erste Gespräche mit der Gastro BL stattgefunden. Der Zeitplan sieht vor, dass die Regierung im Jahre 2002 einen Entwurf in die Vernehmlassung geben wird.

3.5 Erziehungs- und Kulturdirektion

3.5.1 Postulate

3.5.1.1 1990/118; Postulat von Eva Rüetschi vom 17. Mai 1990: Änderung des § 134 des Schulgesetzes vom 26. April 1979; überwiesen am 07/05/1992

Bearbeitung im Rahmen der neuen Bildungsgesetzgebung.

3.5.1.2 1994/011; Postulat von Max Ribi vom 20. Januar 1994: Einführung einer Abschlussprüfung und einer Eignungsabklärung am Ende der Sekundarschulstufe I, Änderung von § 57 des Schulgesetzes; überwiesen am 10/02/1994

Bearbeitung im Rahmen der neuen Bildungsgesetzgebung.

3.5.1.3 1995/200; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 9. November 1995: Gemeinsame KindergärtnerInnenausbildung BL/BS; überwiesen am 25/01/1996

Wird mit der Vorlage HPSA-BB erfüllt und kann nach Beginn der ersten Ausbildungsgänge abgeschrieben werden.

3.5.1.4 1996/020; Postulat von Barbara Fünfschilling-Gysin vom 25. Januar 1996: Gemeinsame Ausbildung der Primarlehrkräfte BL/BS; überwiesen am 25/03/1996

Wird mit der Vorlage HPSA-BB erfüllt und kann nach Beginn der ersten Ausbildungsgänge abgeschrieben werden.

3.5.1.5 2000/145; Postulat von Heinz Aebi vom 22. Juni 2000: Förderung der Zweisprachigkeit in der Oberrheinregion; überwiesen am 30/11/2000

Die Schweiz. Konferenz der kant. Erziehungsdirektoren (EDK) hat umfangreiche Arbeiten zu einem Gesamtsprachenkonzept geleistet. Die darauf abgestützten Empfehlungen "zur Koordination des Sprachenunterrichts an der Volkshochschule" konnten am 11. Juni 2001 allerdings formell nicht verabschiedet werden, da in der Frage der Einstiegsfremdsprache an der Primarschule keine Einigkeit erzielt wurde. Baselland hatte die Position vertreten, dass an der Primarschule als erster Fremdsprache Französisch vermittelt werden solle und dass eine interkantonal koordinierte Lösung gefunden werden müsse. Da der interkantonal koordinierten Staffellung des Fremdsprachenbeginns eine hohe Bedeutung beizumessen ist, hat die Erziehungs- und Kulturdirektion mit einem eigenen "Gesamtsprachenkonzept" zugewartet und koordinative Absprachen unterstützt. Ein greifbares Ergebnis liegt gegenwärtig noch nicht vor.

Konkret sind indessen auch Bemühungen zu verzeichnen, die Zweisprachigkeit am Oberrhein im Sinne des Postulats zu fördern. Stichworte dazu sind das zweisprachige Oberrheinschulbuch, das Schüler/innen- und Lehrpersonen-Austauschprojekt am Oberrhein, das fremdsprachige 10. Schuljahr (neues Abkommen mit dem Kanton Jura und dem Kanton Freiburg), das Regiozertifikat, das neue Projekt einer trinationalen Lehrpersonen Ausbildung und die Initiative für einen trinationalen Bildungsserver für zweisprachige Unterrichtsprojekte allenfalls im Rahmen von INTERREG III.

3.5.1.6 2000/167; Postulat von Peter Holinger vom 7. September 2000: Gesamtkonzept der beruflichen Nachwuchsförderung; überwiesen am 30/11/2000

Das Postulat wurde mit der Sammelvorlage 2001 entgegen dem Antrag der EKD nicht abgeschrieben. Das AfBB hat den Auftrag, ein Konzept zur Berufsausbildung zu entwerfen.

3.5.1.7 2000/098; Postulat von Pascal Wyss vom 4. Mai 2000: Sicherung, Schutz und Nutzungskonzept für die Römervilla Munzach in Liestal; überwiesen am 30/11/2000

Die Hauptabteilung Kantonsarchäologie ist für die Sanierung der "Villa Munzach" seit einiger Zeit aktiv. Erste Konzeptarbeiten wurden in die Wege geleitet. Zuletzt musste das Vorhaben jedoch aus finanziellen Gründen zurück gestellt werden.

3.5.2 Motionen

Keine

3.6 Landeskanzlei

3.6.1 Postulate

3.6.1.1 1998/197; Postulat der FDP-Fraktion vom 15. Oktober 1998: Vereinfacht die Gesetzgebung; überwiesen am 15/04/1999

Zur Zeit werden die Richtlinien zur Gesetztechnik überarbeitet. Es ist vorgesehen, das Postulat in diesem Zusammenhang zu erfüllen.

3.6.2 Motionen

3.6.2.1 1996/179; Motion von Claude Janiak vom 5. September 1996: Erlass eines Gesetzes über das Archivwesen; Archivgesetz; überwiesen am 20/03/1997

Der Entwurf des Archivierungsgesetzes befindet sich in der internen Vernehmlassung. Dem Landrat dürfte die Vorlage noch in diesem Jahr zur Beschlussfassung unterbreitet werden.

4 Anträge

Der Regierungsrat beantragt dem Landrat:

1. die unter Ziffer 2 aufgeführten Vorstösse abzuschreiben und
2. von den Berichten zu den in Ziffer 3 aufgeführten Aufträgen Kenntnis zu nehmen und die Frist für die Erfüllung der Aufträge um ein Jahr zu verlängern.

Liestal, 29. Januar 2002

Im Namen des Regierungsrates

der Präsident:

Schmid

der Landschreiber:

Mundschin

Beilagen:

- Erfüllte, aber noch nicht abgeschriebene Vorstösse (mit RR Vorlage)
- Abzuschreibende Aufträge (Postulate und Motionen)